Bericht über die Bremer Beamten

Stefan Sokołowski

Bremen, den 3. September 1991

Dieser Bericht ist einer dunklen Seite von Bremen gewidmet, die ich, allen meinen Bemühungen zum Trotz, nie schaffte zu umgehen. Meine Bremer Freunde und die sonstigen netten Leute, die ich während meines halbjährigen Aufenthaltes in Bremen kennenlernte und die mir häufig halfen, sollen sich dadurch nicht beleidigt fühlen: es handelt sich nicht um sie. Es handelt sich überhaupt um keine einzelne Menschen, sondern um das gesamte gnadenlose System, in dessen Fängen sie alle weinen.

Meine ersten Kontakte mit der Bremer Bürokratie datieren sich aus den Zeiten, als ich noch in Danzig mein deutsches Visum erfolglos zu bekommen versuchte. Die Einladung aus der Bremer Universität für die sechsmonatige Gastdozentur sei tadellos, sagte der Herr Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Danzig; neben der Einladung müßte aber die Uni auch das Ausländeramt in Bremen benachrichtigen und erst das Ausländeramt könnte das Konsulat ermächtigen, eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen. Die Sache ist aber der Rede nicht wert, denn nach ein paar Telexen und ein paar internationalen Telephongesprächen, für die die Polnische Akademie der Wissenschaften und die Bremer Steuerzahler sehr freundlich wenn auch unbewußt zahlten, erfand man eine Sonderlösung, die darin bestand, daß der Herr Konsul mir ein kurzfristiges Visum erteilte, dessen Gültigkeit unmittelbar nach meiner Ankunft in Bremen verlängert werden sollte.

Bremen empfing mich mit einem ausnähmlich freundlichen Wetter und mit dem Auftrag, noch vor der Unterzeichnung des Arbeitsvertrags eine amtsärztliche Untersuchung zu bestehen. Das war mir klar: es existiert kaum eine Universität in der Welt, wo man als Dozent eingestellt sein könnte ohne Pipi in die Flasche zu machen.

Als dieser Punkt vom Tisch war, stand nichts mehr zwischen mir und dem Arbeitsvertrag. Außer der Wartezeit, deren Länge konnte nicht genau bestimmt werden. Für die Zwischenzeit, als Sonderlösung, wurde mir ein kleiner Mietzuschuß ausgezahlt.

Die ersten Wochen meiner Arbeit waren ziemlich hektisch. Die neue Umgebung, der Unterricht, den ich wegen der späten Ankunft im Lauf vorbereiten mußte, die fehlende Ausstattung des Arbeitszimmers. Nach drei Wochen Bemühungen hatte ich allerdings einen Schreibtisch, einen Sessel, einen Rechner, eine Kopierkarte, eine Bibliothekskarte, einen Briefkasten und ein bißchen Grundbüroausstattung erbeutet. Was den Briefkasten betrifft, fand ich darin einen Haufen Briefe an seinen vorigen Besitzer, der die Universität Bremen schon vor 6 Monaten verlassen hatte; eine Tatsache, die die Fachbereichsverwaltung offensichtlich nicht zur Kenntnis genommen hatte. Auf Telephon verzichtete ich in meiner Seele, als ich erfuhr, daß es bis 1 Jahr dauern kann bis man einen Topf findet, der für meine Ferngespräche zahlen würde. Den Ausdruck "Geldtopf" sollte ich später häufig hören, üblicherweise in Verbindung mit der Aussage, daß man ihn nicht finden kann.

Der Arbeitsvertrag war jedoch immer noch nicht da. Ohne Vertrag konnte ich nicht: (1) mein Visum verlängern, (2) auf der Polizei die Ankunft anmelden, (3) mich versichern, (4) Gehalt bekommen. Auf meine Bitte rief die Sekretärin den zuständigen Beamten in der Personalabteilung an und... er fragte sie, wozu ich den Vertrag brauchte. Die Frage verwirrte sie zu sehr, um in die allgemeine Überlegungen einzugehen bzgl. des Nutzens, der für den Arbeitsnehmer aus der Vertragsunterzeichnung folgt. Offensichtlich war die deutsche Verwaltung weniger leistungsfähig, als die Leute in Polen annehmen. Übrigens hatte diese Angelegenheit auch eine gute Seite: sie verminderte meine Sehnsucht nach der Heimat.

Nach einem Monat in der BRD ohne Gehalt war mein Haushalt schon sehr gespannt, um nicht zu sagen: hoffnungslos unter dem Strich. Es kam zu einer neuen Sonderlösung: auf Auftrag eines Kollegen wurde mir aus dessen Forschungsprojekt eine Summe in der voraussichtlichen Höhe eines Monatsgehaltes geliehen. Sie wurde als "Reisezuschuß" gebucht und das war angeblich kein Versehen, ich sollte mir darüber keine Sorgen machen. Mit dem Scheck fuhr ich in die Bremer Landesbank, dort zahlte man mir Bargeld aus, dann ging ich in die Sparkasse und zahlte Bargeld ein. Damit behaupte ich nicht, Gott behütte, daß die allgemeine

Theorie der Geldüberweisungen in Bremen unbekannt sei; man brachte mir aber bei, daß jeder andere Weg viel länger dauern würde.

Den Vertrag bekam ich endlich. Mit der Krankenversicherung und mit der Anmeldung an der Polizei lief es dann blitzschnell. Die Sache mit der Visumsverlängerung war allerdings komplizierter.

Es wurde mir im Ausländeramt mitgeteilt, ich brauchte außer dem Vertrag noch die Bescheinigung, daß ich meinen Dienst an der Universität angetreten hatte. Der Zweck dieser Anforderung ist mir völlig klar: man mußte ja ausschließen, daß ich, statt an der Uni, in irgendwelcher Terroristengruppe tätig sei.

Es gab auch eine zweite Vorbedingung für die Aufenthaltserlaubnis: ich mußte noch mal zur amtsärztlichen Untersuchung. Die gesunde deutsche Gesellschaft wehrte sich offenbar mit allen ihren Kräften gegen die ausländischen exotischen Krankheiten. Das muß man mitmachen, ich war bereit noch am selben Tage zum Gesundheitsamt zu laufen. Die Beamtin teilte mir aber mit, daß es so schnell nicht ginge, die Warteschlange im Gesundheitsamt für *diese* Untersuchungen sei bis 4 Monate lang, also vorläufig würde ich die Visumsverlängerung bloß für 4 Monate kriegen und die endgültige Verlängerung für den letzten Monat meines geplannten Aufenthaltes in Bremen erst nach der Untersuchung. Die gesunde deutsche Gesellschaft berechtigte mich damit amtlich, während $\frac{5}{6}$ des Aufenthaltes sie mit meinen exotischen Krankheiten anzustecken. Unter ähnlichen Umständen würde die polnische Bürokratie wahrscheinlich auf die Untersuchungspflicht verzichten und damit wenigstens die Schlangen vor dem Gesundheitsamt verkürzen. Manchmal ist es günstiger, wenn die Beamten ihre Arbeit nicht so genau erfüllen.

Die Bescheinigung aus der Uni konnte ich aber sofort haben, nur mußte die Beamtin meine Akten in die Hand bekommen. In der Personalabteilung befindet sich eine beeindruckende Maschine, in der alle Arbeitnehmerakten gespeichert sind. Die Steuerung besteht aus einer Reihe von Knöpfe; wenn man einen Knopf drückt, dann bewegt sich die ganze Anlage mit respekterregendem Geräusch bis die Schublade mit entsprechenden Dokumenten auf die Augenhöhe kommt und dann hält sie an. Die Beamtin drückte “S”. Die Maschine bewegte sich eine Weile, dann hielt sie an — und meine Akten waren nicht da. Dann drückte sie “G”, für “Gastdozent”. Die Anlage setzte sich wieder in Bewegung, stoppte wieder — und meine Akten waren auch nicht dort. Dann schlug ich “K” vor, für “Kurzfristig Beschäftigte” — aber auch in der K-Schublade war ich abwesend. Dann verzichtete die Beamtin auf die High-Tech und schaute alle Taschen und Mappen auf ihrem Schreibtisch und auf den Schreibtischen ihrer Kollegen manuell durch. Sehr freundlich schlossen sich auch die Kollegen an die Jagd ein und sahen alles in den Schubladen und unter den Schreibtischen nach. Meine Akten waren immer noch nicht da. Plötzlich liefen die Beamten aus dem Zimmer hinaus und ich blieb allein angesichts der gespenstischen Maschine. Schliesslich wurden meine Akten, zur allgemeinen Erleichterung, zwei Zimmer weiter wiedergefunden.

Etwa sechs Wochen nach meiner Einreise besuchte ich wieder die Personalabteilung, um zu erfahren, was mit meinem ersten Gehalt geschah. Ich ließ mir nicht einreden, daß das Geld schon seit langem auf meinem Konto war, und verlangte, daß festgestellt würde, an welchem Tag und genau welcher Betrag überwiesen worden war. Nach ein paar Telephongesprächen wurde es klar, daß die Gehaltstelle noch nichts über meine Existenz wußte. Es war nähmlich der Fehler begangen worden, daß alle Kopien meines Arbeitsvertrages, die an verschiedene Stellen in der Verwaltung verteilt werden sollten, sich beim selben Beamten, mit dem ich gerade sprach, getroffen hatten und der hatte sie einfach in eine Tasche oder Mappe eingesteckt. Nun war es schwer zu sagen, wieviele Zeit es noch dauern sollte bis man mit dem ganzen Kuddelmuddel zurechtkomme. Wahrscheinlich ziemlich lang.

Diesmal war die Sonderlösung komplizierter. Ich bekam einen versiegelten dicken Umschlag mit Dokumenten und eine Anschrift in der Stadtmitte, wo ich diesen Umschlag abliefern sollte: Senatskommission für... auf jeden Fall für etwas wichtiges. In meiner Anwesenheit öffnete eine Beamtin den Umschlag und fand drinnen zwei Dokumente statt der zugesagten drei. Sonderlösungen springen nicht immer im ersten Versuch an.

Die Verhandlungen zwischen der Universität und der Senatskommission über die notwendigen Dokumente und Haushaltstellen dauerten etwa zehn Tage. Schliesslich bekam ich die Nachricht, daß ich die Senatskommission wieder besuchen sollte. Dort händigte man mir meinen erträumten Abschlagsscheck aus; jetzt mußte ich bloß in die Bremer Landesbank, dann mit dem Bargeld in die Sparkasse, wie schon einmal geübt.

So einfach war das allerdings nicht. Gegen diesen Scheck konnte die Bremer Landesbank keine Auszahlung machen, weil der Betrag zu hoch war. Sie wüßten das ja in der Senatskommission und sollten zwei getrennte Schecks ausstellen, meinte die Bankbeamtin. Das machten sie auch, nachdem die Sache wieder durch ein paar Ordner, Rechner und bevollmächtigenden Unterschriften gezogen wurde.

Zu meiner Stelle an der Uni gehört auch ein Reisefonds. Diese Angelegenheit erlaubte mir in einer Konferenz im Ausland teilzunehmen. Sofort nach der Rückkehr füllte ich den Antrag auf die Kostenerstattung aus, legte Quittungen und Fahrkarten bei und wartete auf das Geld. Anstatt des Geldes bekam ich vom Fachbereichsrat Antwort, daß die Sache nicht bearbeitet werden könnte, da ich auf kein Reisegeld Anspruch habe. Der Sekretärin gelang es aber, die Grundlosigkeit dieser Feststellung nachzuweisen. Dann wurden die Reisedokumente ohne den weiteren Einspruch an die Reisekostenstelle im Rektorat für die weitere Bearbeitung übergeben. Auf Geld hatte ich zwar Anspruch, aber der Topf fehlte und das mußte man noch klären.

Eines Tages bat mich ein Beamter aus der Personalabteilung, daß ich schriftlich einwillige, daß der Bundesminister für höhere Ausbildung sich mit dem entsprechenden polnischen Minister über die Angelegenheiten meiner Beschäftigung in Verbindung setzt. Die Minister von zwei Nachbarnländer wollten also von mir plaudern und dazu brauchten sie meine Unterschrift. Der Beamte gab zu, daß auch er dieses Dokument nicht verstand.

Langsam reifte in meinem Kopf die sakrilegähnliche Ansicht aus, daß die Reichweite und die Macht der Bremer Bürokratie allem, was ich woanders gesehen hatte, weit überlegen sind. Eine gewisse Ähnlichkeit konnte man mit Polen vor 10 Jahren finden. Damals, zum Anfang des Kriegszustandes, waren die Menschen zu sehr verwirrt und die Bürokraten zu stark und frech, um die gegenseitige Verhältnisse richtig festzulegen. Es dauerte aber nicht lang, bis die Menschen lernten zurechtzukommen. Ich mußte tief in meinem Gedächtnis suchen, um diese Kenntnis herauszuziehen.

Als die erste zugesagte regelmäßige Einzahlung auf mein Konto nicht rechtzeitig einfloß, machte ich einen guten Krach im alten polnischen Stil. Ich schimpfte auf einen Beamten und ließ ihn mich zum Chef führen. Dann schimpfte ich auf die Chefin, ließ sie sich rechtfertigen aber lauschte den Rechtfertigungen kaum und unterbrach mit emotionalen Äußerungen, die nichts zur Sache taten und nur die Temperatur des Gespräches erhoben. Ich sagte ständig, daß ich niemanden beleidigen wollte und gleichzeitig beleidigte ich sie, die Universität und die Stadt. Selbstverständlich hatte ich einen entsprechenden deutschen Wortschatz vorher sorgfältig vorbereitet.

Die Chefin war eine nette Frau und hatte sich solche Darstellung gewiß nicht verdient. Es tut mir leid, daß ich mich so unhöflich benahm. Die Tatsache aber bleibt: seitdem hatte ich mit dem Gehalt kein Problem mehr. Nach ein paar Tagen bekam ich auch, unerwartet, das Telephon, dessen Mangel hatte ich im Krach, ganz zufällig, als Schikane erwähnt. 12 Wochen nach meiner Ankunft, war ich endlich ein vollständiger Angestellter der Universität Bremen.

Dieser Erfolg ermutigte mich noch mal zu versuchen, die Erstattung meiner Reisekosten zu reichen. In der Reisekostenstelle befanden sich allerdings die entsprechenden Dokumente nicht mehr. Sie waren wieder dem Fachbereichsrat für die weitere Sachbearbeitung überwiesen worden. Und der zuständige Beamte machte Urlaub und hatte keine Vertretung.

Ein vollberechtigter Einwohner von Bremen war ich allerdings noch nicht. Dazu brauchte ich noch die amtsärztliche Untersuchung und die Aufenthaltserlaubnis.

Der Untersuchungstermin fiel früher als vorausgesagt. Die Untersuchung bestand aus der Frage, ob ich Gesundheitsbeschwerden hätte (ich verneinte); aus der Frage, ob ich je ärztliche Hilfe in Bremen gebraucht hätte (ich verneinte ebenfalls); und aus dem Auftrag, den Betrag von 40 DM für die Untersuchungskosten auf das Konto des Gesundheitsamtes zu überweisen. Offensichtlich hatten die Gesundheitsbeamten die polnische ungenaue Art von Amtieren angenommen, um Warteschlangen zu verkürzen.

Beim Visumverlängerungsversuch putzte ich dreimal die Klinke. Die Beamten sind nicht verpflichtet, den Kunden ihre Urlaubspläne genauer zu verraten, deshalb trafen die Kunden auf der Tür nur den Zettel "Heute zu" in vier Sprachen. Beim vierten Zugang konnte der Beamte meine Akten zunächst nicht finden, da die Nummer auf meiner Visumverlängerung, nach der die Akten normalerweise geordnet sind, mit der Nummer auf den Akten nicht übereinstimmte. Trotzdem bekam ich am selben Tag, 4 Monate nach der Einreise und 2 Monate vor der Abreise die endgültige Aufenthaltserlaubnis.

Unterdessen war der Beamte, der die Erstattung von meinen Reisekosten bearbeiten sollte, schon wieder da. Der Fall konnte aber vorläufig keinen Fortschritt machen, da er krank war.

Ungefähr vier Monate nach meiner Anstellung an der Universität wurde ich wieder in die Verwaltung gebeten. Es ging um den Mietzuschuß und um die anderen Gelder, die mir als einem Gastdozent zustanden. Unbedacht verriet ich, daß man mir den Mietzuschuß schon einmal ausgezahlt hatte. Diese unvorsichtige Aussage war die Ursache einer riesigen Suchaktion. Mehrere Leute überprüften alle möglichen Rechner und Ordner, von der Auszahlung und von meinem Namen fanden sie aber keine Spur. Auch die viel größere Anleihe aus dem Forschungsprojekt, die ich natürlich schon längst wiedererstattet hatte, war nicht zu finden. Entweder verbucht die Uni ihre Auszahlungen gar nicht, oder macht sie das mit einer geheimen Schrift um den Feind zu verwirren und damit verwirrt sie ihre eigene Angestellten.

Der für die Bearbeitung meiner Dienstreise zuständige Beamte wurde eines Tages gesund und übergab die gesamten Dokumente an die Reisekostenstelle zurück. Das löste die Jagd nach dem Topf, aus welchem die Reise bezahlt werden sollte, wieder aus.

Als Ergebnis der Jagd stellte man fest, daß der Geldtopf gar nicht existiert. Meine Arbeit an der Universität Bremen sollte nämlich nicht vom Haushalt der Uni, auch nicht vom Haushalt des Landes Bremen, sondern vom Deutschen Akademischen Austauschdienst finanziert werden. Damit die Uni davon saugen könnte, mußte sie noch vor meiner Einreise oder unmittelbar danach einen Antrag an den DAAD schicken. Das hatte sie aber nicht getan und deswegen gab es an der Uni für mich gar keinen Geldtopf. Bleibt nur ein kleines Rätsel: aus welchem Topf war mein monatliches Gehalt schon 5 Mal ausgezahlt worden? Anscheinlich kann ein guter Krach erreichen, daß auch ein nichtexistierender Topf Geld enthält.

Selbstverständlich fand man auch dieses Mal eine Sonderlösung. Die Reisekosten wurden mir aus einem Forschungsprojekt erstattet und ich sollte unterschreiben, daß ich nichts gegen eine spätere Umbuchung dieser Auszahlung zu Lasten meines Geldtopfes habe, wenn er schliesslich errichtet wird. Natürlich habe ich nichts dagegen und bin dafür, daß die Beamten sich von Topf zu Topf so umgießen wie sie wollen, warum aber fragen sie mich um Erlaubnis?

Alles, was oben erzählt wurde, ist wahr. Allerdings ist das nicht die ganze Wahrheit, angesichts dessen, das sich hinter der Bühne, vor meinen Augen verborgen, auch abspielen mußte.

Ich änderte keine Eigennamen, dies wäre der wahren Geschichte nicht würdig. Selbstverständlich nannte ich auch keine echten Personnennamen, sie tun nichts zur Sache. Der einzige Name der hier zählt ist "Bremen". Und der ist echt — so eine Stadt existiert tatsächlich und zwar in unserem gemütlichem Europa, wie sehr diese Tatsache auch der Natur der Dinge widersprechen scheint.